

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Peter Enders (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Lieferengpässe an Krankenhausapotheken

Die **Kleine Anfrage 1056** vom 30. August 2012 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über aktuelle Lieferengpässe an Krankenhausapotheken in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Medikamente sind insbesondere betroffen?
3. Welche Auswirkungen hat das für die Behandlung der Patientinnen und Patienten?
4. Welche Initiativen werden zur Abstellung der Engpässe mit welchen Ergebnissen ergriffen?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. September 2012 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Lieferschwierigkeiten von Arzneimitteln an Krankenhausapotheken werden auf Fachebene in der Krankenhauspharmazie bereits seit längerem diskutiert. So wurde schon auf dem Kongress der Krankenhausapothekerinnen und Krankenhausapotheker in Maastricht 2008 über Liefereinschränkungen berichtet. Lieferengpässe bei der Arzneimittelversorgung von Krankenhausapotheken („Drug Shortages“) sind in den USA bereits seit langer Zeit bekannt. Hintergrund für diese Entwicklung sind zunehmende Globalisierungstendenzen bei der Produktion von Wirkstoffen und Arzneimitteln mit der Begrenzung auf wenige Produktionsstätten, die eine weltweite Belieferung übernehmen. Beim qualitäts- oder kapazitätsbedingten Ausfall solcher zentraler Herstellungsbetriebe kommt es zwangsläufig zu globalen Lieferengpässen. Aus Rationalisierungsgründen werden auch weltweit zunehmend Tendenzen beobachtet, keine großen Arzneimittelvorräte einzulagern, sondern Arzneimittel beziehungsweise Wirkstoffe „just in time“ zu liefern und in die Logistikkette zu verlagern.

Mittlerweile schreiben nicht nur die Fachzeitschriften, sondern auch die überregionalen Tageszeitungen zum Thema. So berichtete die Frankfurter Rundschau am 11. Juni 2012 unter dem Titel „Den Kliniken gehen die Pillen aus“ über Arznei-Engpässe in deutschen Kliniken.

Eine aktuelle Abfrage der Arzneimittelversorgungssituation in rheinland-pfälzischen Krankenhausapotheken zeigt, dass es in Einzelfällen bei bestimmten Präparaten zu Lieferproblemen kommt, die Arzneimittelversorgung in Rheinland-Pfalz insgesamt aber gewährleistet ist.

Zu 2.:

Aufgrund der globalen Auslagerung der pharmazeutischen Wirkstoffproduktion in Drittstaaten (zum Beispiel Indien und China) sind grundsätzlich alle Arzneimittel betroffen, in besonderem Maße die in Krankenhäusern häufig eingesetzten parenteralen Zubereitungen zur Infusion und Injektion. In letzter Zeit sind Tendenzen zu beobachten, dass neben Antibiotika zunehmend Zytostatika für die Krebstherapie von Lieferengpässen bedroht sind.

b. w.

Zu 3.:

Akute Auswirkungen bei der Therapie von Patientinnen und Patienten sind aktuell durch Lieferengpässe bei Arzneimitteln in deutschen und rheinland-pfälzischen Krankenhäusern nicht festzustellen.

Durch raschen Wechsel von Lieferanten und durch strategische Einkaufspolitik konnten deutsche Klinikapotheken bislang Konsequenzen für ihre Patientinnen und Patienten bei der Arzneimittelversorgung verhindern. Allerdings wurden dadurch Rabatte nicht vollständig ausgeschöpft mit der Folge erhöhter Beschaffungskosten.

In Einzelfällen (zum Beispiel die Klinikapotheke der Universitätsmedizin Mainz) haben Krankenhausapotheken durch die Eigenherstellung von Präparaten Versorgungsengpässe überbrücken können.

Zu 4.:

Da es sich bei Rationalisierung und Konzentration von Arzneimittelproduktion um globale Entwicklungen handelt, sind die Möglichkeiten der rheinland-pfälzischen Landesregierung zur Steuerung in diesem Bereich begrenzt.

Auf Bundesebene hat Rheinland-Pfalz mitgewirkt, im Arzneimittelrecht entsprechende Rahmen- und Standortbedingungen zu schaffen, dass pharmazeutische Unternehmen wieder zunehmend in Deutschland beziehungsweise Europa Wirkstoffe und Arzneimittel herstellen, wodurch Lieferengpässe schneller kompensiert werden können. Die Firma Boehringer in Ingelheim ist ein gutes Beispiel, dass Pharmaherstellung in Deutschland aus Qualitätsgründen zielführend und wirtschaftlich ist.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung wird die Entwicklung in diesem Bereich weiterhin genau beobachten, sieht aber bei der derzeitigen Versorgungssituation mit Arzneimitteln in deutschen Krankenhäusern die Versorgung gesichert.

Malu Dreyer
Staatsministerin